

## **Antrag**

**der Abgeordneten Ursula Burchardt, Monika Griefahn, Heinz Schmitt (Berg), Adelheid Tröscher, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Peter Zumkley, Klaus Barthel (Starnberg), Willi Brase, Dr. Peter Eckardt, Lothar Fischer (Hamburg), Angelika Graf (Rosenheim), Stephan Hilsberg, Walter Hoffmann (Darmstadt), Ulrich Kasparick, Sigrun Klemmer, Horst Kubatschka, Ernst Kuchler, Dr. Uwe Küster, Dr. Christine Lucyga, Günter Oesinghaus, Dr. Edelbert Richter, René Röspel, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Dr. Hansjörg Schäfer, Olaf Scholz, Dr. R. Werner Schuster, Dagmar Schmidt (Meschede), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Dr. Angelika Schwall-Düren, Bodo Seidenthal, Jörg Tauss, Uta Titze-Stecher, Brigitte Wimmer (Karlsruhe), Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Angelika Beer, Matthias Berninger, Hans-Josef Fell, Ulrike Höfken, Dr. Angelika Köster-Loßack, Winfried Nachtwei, Irmingard Schewe-Gerigk, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Förderung der Friedens- und Konfliktforschung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Rund zehn Jahre nach dem Ende der Teilung Europas und der Beilegung des Ost-West-Konflikts steht die internationale Staatengemeinschaft in Europa und vielen anderen Teilen der Welt vor sicherheitspolitischen Herausforderungen neuer Qualität. Die heutigen oft bürgerkriegsähnlichen Konflikte sind in der Regel beeinflusst von Faktoren wie sozialer Ungleichheit und Diskriminierung, Machtinteressen, wirtschaftlichen Interdependenzen und Kampf um Ressourcen, Mangel an Bildung und Partizipationsmöglichkeiten sowie groben Menschenrechtsverletzungen. Dies erfordert eine Erweiterung und Optimierung des Instrumentariums zur Friedenssicherung und Konfliktregulierung sowie der Ursachenforschung.

Der Deutsche Bundestag begrüßt deshalb, dass die Bundesregierung sich, wie in der Koalitionsvereinbarung festgelegt, in der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik von der Verpflichtung zur weiteren Zivilisierung und Verrechtlichung der internationalen Beziehungen leiten lasse und sich mit aller Kraft für die Entwicklung und Anwendung von wirksamen Instrumenten der Prävention, Deeskalation und der friedlichen Regulierung von Konflikten einsetze.

Die Komplexität der heutigen Konflikte erfordert zu ihrer Bewältigung oft auch externen, unabhängigen wissenschaftlichen Sachverstand, um den jeweiligen Bedingungen angemessene Strategien der Konfliktbewältigung zu entwickeln und anzuwenden. Die Friedens- und Konfliktforschung mit ihrem breiten Spektrum an Forschungsansätzen bietet ein Potenzial, insbesondere durch die Nutzung interdisziplinärer Erkenntnisse über Konflikte und die Konfliktodynamik, die für die Konfliktverhütung und das Krisenmanagement ausgeschöpft werden sollte. Dafür ist weitere gezielte Förderung des Bundes unabdingbar.

In Verkenning der wichtigen Rolle, die die Friedens- und Konfliktforschung bei der Suche nach geeigneten Wegen und neuen Formen der Konfliktprävention, -deeskalation und -regulierung spielen kann, hat die vorherige Regierungskoalition aus CDU/CSU und F.D.P. die Fördermittel für Friedens- und Konfliktforschung drastisch reduziert und zum Schluss praktisch eingestellt.

Der Deutsche Bundestag begrüßt vor diesem Hintergrund, dass die neue Bundesregierung die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung zu ihren erklärten Zielen rechnet und bereits im Haushaltsjahr 1999 im Etat des Ministeriums für Bildung und Forschung die entsprechenden Fördermittel erhöht hat.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf

- sich bei ihren Bemühungen um die Weiterentwicklung von Instrumentarien zur Ursachenanalyse, Konfliktfrüherkennung, Krisenprävention, friedlichen Konfliktbearbeitung sowie zur künftigen Rolle von Streitkräften, zu Rüstungskontrolle und Abrüstung den wissenschaftlichen Sachverstand der Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik Deutschland zunutze zu machen;
- aus diesem Grund die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung mit Nachdruck zu betreiben und ausreichend zu sichern;
- für die Ausarbeitung von Strategien zur Deeskalation von Konflikten zu sorgen, die möglichst in dialogischen Prozessen unter Beteiligung der Konfliktträger entwickelt werden. Dazu ist auch die Entwicklung von internationalen Expertennetzen zum Austausch von Informationen zwischen den Wissenschaftlern erforderlich;
- Ergebnisse der Friedens- und Konfliktforschung für die zivilen Friedensmissionen sowie für den Zivilen Friedensdienst nutzbar zu machen;
- hierzu in naher Zukunft ein entsprechendes Förderkonzept vorzulegen, das so anzulegen ist, dass ein möglichst breites Spektrum der unterschiedlichen grundlagen- und anwendungsorientierten Forschungsansätze innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung an Universitäten und nicht-universitären Instituten Berücksichtigung findet und insbesondere auch internationale Forschungsk Kooperationen mit deutscher Beteiligung Förderung und Unterstützung erhalten;
- durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass ein zeitnahe und effizienter Transfer der Ergebnisse der Friedens- und Konfliktforschung zu den politischen Entscheidungsträgern ermöglicht wird.

Berlin, den 3. November 1999

**Dr. Peter Struck und Fraktion**  
**Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion**